

**Annoncen-  
Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. F. Alrici & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Zweihundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. F. Paube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Götting  
beim „Invalidendank“.

Nr. 761.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-  
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Donnerstag, 30. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Petitzeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

## Amtliches.

**Berlin, 29. Oktober.** Der König hat geruht: dem Ober-Berg-  
amts-Sekretär, Bergmeister Kestermann zu Bonn bei seiner Versetzung  
in den Ruhestand den Charakter als Berggrath, und dem Kaufmann  
und Banquier Albert Alexander Ratz zu Götting den Charakter als  
Kommerzienrath zu verleihen.

Die Navigationsvorschullehrer Prabh in Memel und Holz in  
Danzig sind zu Navigationslehrern ernannt und Ersterer nach Geest-  
münde, Letzterer nach Danzig versetzt. Der Navigations-Schul-Apirant  
Matthies in Altona ist unter Beilegung des Titels „Navigations-  
lehrer“ zum Navigationsvorschullehrer ernannt worden. Versetzt sind  
der Navigationslehrer Jungclauss in Grünendeich und der Navi-  
gationsvorschullehrer Berg in Westrhadersee, Beide nach Geestmünde.

## Politische Uebersicht.

Posen, 30. Oktober.

Die erste Vorlage, welche dem Landtage zugegangen  
ist, ist ein dem Herrenhause vorgelegter Gesetzentwurf betreffend  
Ergänzung der Vorschriften über die Dienstboten-  
verhältnisse. Der Gesetzentwurf zerfällt in zwei Theile,  
von welchen der erstere dazu bestimmt ist, die in den verschiedenen  
Gebieten der preussischen Monarchie bestehenden Gesindeordnungen  
gleichmäßig durch Vorschriften gegen Kontratsbruch zu ergänzen.  
Der zweite Theil bezieht sich speziell auf den Regierungsbezirk  
Wiesbaden. Auf ländliche Arbeiter erstreckt sich der Gesetzentwurf  
nicht. In der Begründung heißt es:

Schon seit längerer Zeit wird von vielen Seiten über zunehmende  
Verschlechterung der Dienstboten, insbesondere über deren Ungehorsam,  
Widerpenstigkeit, Untreue, Vergnügungssucht, Selbstüberhebung, vor  
Allem aber über häufig vorkommenden Kontratsbruch seitens derselben  
Klage geführt und das Bedürfnis einer Verschärfung der bezüglichen  
Gesetzesvorschriften geltend gemacht. Ein praktisches Bedürfnis zum  
Erlasse einer neuen einheitlichen Gesinde-Ordnung für den gesamm-  
ten Umfang des Staates ist bisher nicht hervorgetreten. Die  
Gesetzgebung wird sich daher darauf zu beschränken haben,  
die bestehenden Vorschriften in denjenigen Punkten abzuän-  
dern und zu ergänzen, wo dieselben sich unzureichend  
ergezeigt haben. Ein für alle Landestheile gleichmäßig fühlbar gewordener  
Uebelstand ist der ungenügende Schutz, welchen die bestehenden Gesetze  
gegen den Kontratsbruch der Dienstboten gewähren. Es handelt sich  
hierbei sowohl um das materielle Recht, als auch um das Ver-  
fahren zur Geltendmachung desselben. Das materielle Recht anlangend ist viel-  
fach das Bedürfnis hervorgetreten, durch strengere Vorschriften das  
gleichzeitige Vermietben des Gesindes an mehreren Stellen für dieselbe  
Zeit wirksamer als bisher zu verhindern. Noch häufiger als die Klage  
über den Mangel an geeigneten Vorschriften bezüglich des Schutzes  
der Dienstverhältnisse gegen Kontratsbruch, sind die Beschwerden über  
das Verfahren bei der Zwangsvollstreckung gegen Dienstboten, welche  
den Dienst unrechtmäßiger Weise versagen oder verlassen. Hinsichtlich  
dieser Gesindeverhältnisse schlägt nun der Entwurf vor, daß a) wenn  
zwischen der Herrschaft und dem Gesinde über die Erfüllung der aus  
dem Miethsvertrage entstehenden Verbindlichkeiten während des  
Dienstes, über die Weigerung der Herrschaft, das Gesinde an-  
zunehmen oder zu behalten, über die Weigerung der Dienst-  
boten den Dienst anzutreten oder darin zu verbleiben, b) wenn  
über die Ertheilung eines Abschiedszeugnisses von Seiten der Herr-  
schaft, Streit entsteht, die Polizeibehörde in den Fällen zua. eine sofort  
vollstreckbare Entscheidung mit Vorbehalt des Rechtsweges, unter Aus-  
schluß des Weges der Beschwerde und der Klage im Verwaltungs-  
Streitverfahren, in den Fällen zu b. aber eine Entscheidung ohne Zu-  
lassung des Rechtsweges, lediglich mit Vorbehalt der gegen polizeiliche  
Verfügungen zulässigen Rechtsmittel zu erlassen hat.

Die Konstituierung der Abtheilungen im Abgeord-  
netenhaus ist diesmal zum ersten Male, wie dies auch im Reichs-  
tage zuletzt geschehen ist, auf Grund eines im Senioren-Konvent  
abgeschlossenen Kompromisses erfolgt. Die drei großen Fraktio-  
nen, Nationalliberale, Konservative und Zentrum, nehmen jede  
für sich zwei Vorisende und einen Stellvertreter in Anspruch.  
Den Freikonservativen fiel ein Vorisender und ein Stellvertreter  
zu. Die Fortschrittspartei wurde mit zwei Stellvertretern abge-  
funden und die Polen hatten einen Stellvertreter zu wählen.  
Auf Grund dieser Verabredung fielen die Wahlen wie folgt aus:  
I. Abtheilung: Miquel (nat.), v. Wedell-Piesdorf (konserv.).  
II. Abtheilung: Heereman (Z.), Schellwiy (nat.). III. Ab-  
theilung: Wachler (nat.), v. Magzinski (Pole). IV. Abthei-  
lung: Wagener (freik.), Röckerath (Z.). V. Abtheilung: von  
Wedell-Malchow (kons.), Dr. Langerhans (Z.). VI. Abtheilung:  
v. d. Red (kons.), Dr. Straßmann (Z.). VII. Abtheilung:  
Windthorst (Z.), Stenzel (freik.). Bei der Wahl der Schrift-  
führer und ihrer Stellvertreter kam, da diese Stellungen wenig  
begehrt sind, der Fraktionsstandpunkt anscheinend nicht in Be-  
tracht. — Die Verhandlungen im Seniorenkonvent verliefen sehr  
glatt und man darf annehmen, daß das Kompromiß über die  
Kommissionswahlen gleichfalls ohne Mühe zu Stande kommt.

Ueber den voraussichtlichen Ausfall der Präsidenten-  
wahl im Abgeordnetenhaus liegen verschiedene Mit-  
theilungen vor. Wir begnügen uns, auf unsere Berliner C.  
Korrespondenz zu verweisen. Dieselbe vertritt ganz den von uns  
gleich zuerst in der Angelegenheit eingenommenen Standpunkt.

Zu dem Schluppassus der Thronrede, welcher den  
Wunsch des Kaisers nach dem Frieden im Innern ausspricht,  
bemerkte die „Provinzial-Korrespondenz“:

„Diese Mahnung wird sicherlich bei der Vertretung des preussischen  
Volkes Beherzigung finden. Dem Landtage sind Gegenstände von

großer Tragweite für die Zukunft zur Beschlußfassung übergeben.  
Das Gelingen wird nicht fehlen, wenn dabei der über jeden Partei-  
geist sich erhebende, auf die Sache gerichtete Blick und jene reine Va-  
terlandsliebe walten, welche auch auseinandergehende Ansichten durch  
das allseitige Suchen der Wahrheit zum Frieden führen.“

Ein erster faktischer Anhalt für die Höhe der neuen  
Forderungen zu Militärzwecken dürfte sich jetzt ge-  
boten finden. Von dem bairischen Finanzminister ist in dem  
bairischen Landesetat der Mehrbetrag der neuen Reichsteuern und  
Zölle pro 1880 zu 60 Millionen Mark veranschlagt, und sind  
hiervon 25 Millionen für Militärzwecke in Abzug gestellt worden.  
Die Summe erweist sich freilich so enorm hoch, daß es fast un-  
möglich erscheint, daß für die neuen Militäraufwendungen  
Baiern für sein Theil allein mit einem so bedeutenden Betrage  
belastet werden sollte. Auch bleibt kaum abzusehen, wozu derselbe  
dann seine Verwendung finden könnte. Vor einigen Monaten  
schon wurde aus Baiern mitgetheilt, daß jede der beiden bairischen  
Feldartilleriebrigaden um je vier neue Batterien verstärkt werden  
sollte, was der auch von anderer Seite in Aussicht gestellten Ver-  
stärkung der Feldartillerie der gesammten deutschen Armee um  
72 neue Feldbatterien genau entsprechen würde. Sonst aber hat  
von neuen Militärforderungen gerade für die beiden bairischen  
Armee-corps, und überhaupt für das bairische Heer- und Be-  
festigungswesen bisher noch nicht das Geringste verlautet, wohl  
würde sich hingegen für die deutsche Armee, außer der Ver-  
stärkung der Feldartillerie, möglicher Weise auch noch die definitive  
Aufstellung des 15. deutschen Armee-corps als in Frage stehend  
erweisen.

Von den in diesen Tagen erscheinenden Reden des  
Kultusministers Dr. Falk über die gesammte Unter-  
richtsverwaltung handelt der erste Abschnitt von der Beauf-  
sichtigung des Erziehungs- und Unterrichtswesens, der zweite von  
der Verwaltung der Unterrichts-Angelegenheiten, der dritte von  
der Reform der Unterrichts-Gesetzgebung, der vierte von den  
Universitäten und anderen Hochschulen und der fünfte von den  
allgemeinen und besonderen Verhältnissen der Lehrer.

Die gestern Nachmittag im großen Saale des Architekten-  
hauses abgehaltene General-Versammlung der Aktio-  
näre der Berlin-Anhalter Eisenbahn, bei der 1083  
Stimmen vertreten waren, hat mit 1064 Stimmen beschloffen,  
den Antrag der Regierung abzulehnen, das Direktorium  
aber zu ermächtigen, in erneute Verhandlungen mit der Regie-  
rung zu treten, um dieselbe zu einem dem inneren Werth des  
Objektes mehr entsprechenden höheren Gebot zu veranlassen.

Ueber das neuerdings wieder in Umlauf gesetzte Gerücht  
von der Verzichtleistung des Herzogs von Cum-  
berland auf Hannover berichtet der kopenhagener Korrespon-  
dent der „N. Z.“ unterm 26. d.:

„Nachdem die nordschleswigsche Angelegenheit glücklich entschlafen  
ist, scheint man hier weitere Neuzettel zu bedürfen, um die allgemeine  
Aufmerksamkeit, wenn auch nur indirekt auf uns zu lenken. Diesmal  
hat man sich dazu des Herzogs von Cumberland bedient und von hier  
aus die Nachricht von seiner bevorstehenden Verzichtleistung auf Han-  
nover in die Welt geschickt, welche Nachricht dann mit verschiedentlichen  
Kommentaren begleitet von einer Menge von Zeitungen wiedergegeben  
ist. Ich habe mich in der Angelegenheit an maßgebenden Stellen in-  
formirt und kann Ihnen in Folge dessen die Versicherung geben, daß  
im gegenwärtigen Augenblick an einen solchen Schritt auch nicht im  
entferntesten gedacht wird. Wie die Sachen in verschiedenen Blättern  
mit gewissen hohen Personen in Verbindung gebracht wurde, hatte sie  
überhaupt wenig Wahrscheinliches für sich. Der König von Dänemark  
sollte aus diesem Anlaß nach Göttingen gereist sein und die beiden  
Schwiegersöhne des Königs sollten ihrem Schwager, dem Herzog, den  
Schritt anrathen haben. Wenn man die gedachten hohen Per-  
sönlichkeiten kennt, erhält jene Behauptung geradezu etwas Lächerliches.“

Der Umschwung in Preußen hat die Kampflust der bai-  
rischen Klerikalen erhöht, und die „Bair. Ztg.“ brachte  
dieser Tage einen Artikel: „Fort mit dem System Luz“. Da  
aber Herr Luz noch Kultusminister ist, wurde die Zeitung kon-  
fizirt.

Graf Beust, der sächsische Hannibal, macht gegenwärtig  
wieder von sich reden. Es klingt fast unglaublich, aber es wird  
in politischen Kreisen erzählt, daß die eitle Erzelenz, die bekann-  
tlich gegenwärtig als österreichischer Botschafter in Paris weilt,  
Gambetta die feste Versicherung gegeben hätte, Oesterreich werde sich  
nie auf ein Bündniß mit „La Prusse“ einlassen! Da Gam-  
betta sich in diesen Hoffnungen getäuscht sieht und, wenigstens für  
den Augenblick, Rußland für keinen nützlichen Bundesgenossen  
Frankreichs hält, so zeigt er sich bereit, Alles aufzubieten, damit  
die Parteistreitigkeiten nicht Frankreich hindern, Partei im Aus-  
lande zu ergreifen, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet.

Die „République Française“ nimmt einen star-  
ken Anlauf, von der Annestiefrage abzulenken und die Jesuiten-  
frage wieder in den Vordergrund zu rücken. Sie entwickelt, daß  
die Republik und der Jesuitenorden nicht nebeneinander bestehen  
könnten; das „Klerikale Uebel“ fange dem bürgerlichen Staate  
die besten Säfte aus: „In einem Lande, wo die größere Mehr-  
zahl der Frauen bei den wichtigsten Handlungen des Lebens sich  
von Priestern, die der Hauch des Mittelalters durchweht, leiten  
ließen, wo beinahe alle jungen Mädchen eine Erziehung erhielten,  
die ihnen einen fanatischen Haß gegen die moderne Gesellschaft

einflößt, wo die Hälfte wenigstens der jungen Leute, die den  
reichereren und angeblich aufgeklärteren Klassen angehören, der  
kontre-revolutionären Miliz einverleibt wurden, konnte eine Repu-  
blik allerdings gegründet werden, aber nicht fortdauern. Ent-  
weder wird Frankreich aufhören, eine Republik zu sein, und es  
würde dabei zu Grunde gehen, oder es wird von dem klerikalen  
Uebel, welches ihm seine besten Kräfte raubt, geheilt werden.  
Unser vollständiges Wiederaufstehen, die Wiedererwerbung unseres  
Einflusses in der Welt, hängt davon ganz und gar ab.“ Was  
uns anbetrifft, so werden wir bis zum vollständigen Sieg keinen  
Tag aufhören, den Nothschrei auszustößen: „Der Feind ist der  
Klerikalismus!“

Der orleanistische „Soleil“, den die Lorbern des  
„Figaro“ nicht schlafen lassen, veröffentlicht eine Unterredung  
seines Korrespondenten mit drei „Staatsmännern“ italienischen  
Ursprunges und von verschiedenen Schattirungen. Diese sollen  
sich allesamt für ein Zusammengehen zwischen „Lateinern“ und  
Slawen erklärt haben, um gegen das Bündniß zwischen Deutsch-  
land und Oesterreich-Ungarn ein Gegengewicht zu bilden. Be-  
merkenswerth ist dabei, daß die „Agence Havas“ diesem Treiben  
des „Soleil“ eine solche Wichtigkeit beilegt, daß sie es zum  
Gegenstande eines Telegrammes macht.

Die Eröffnung der bulgarischen Kammer ist auf  
den 2. November c. verschoben worden.

Zwischen England und den Vereinigten  
Staaten von Amerika scheint sich um die dominirende  
Stellung auf den Samoa-Inseln ein ernstlicher Konflikt vor-  
zubereiten, in den möglicherweise Deutschland, das bekanntlich im  
Februar d. J. mit der Regierung von Samoa einen Freund-  
schaftsvertrag abgeschlossen hat, verwickelt werden kann. Wie  
„Reuter's Bureau“ aus Newyork vom 26. d. meldet, hat  
Kapitän Chandler, der Befehlshaber des amerikanischen Kriegs-  
dampfers „Ladawanna“ aus Apia (der Hauptstadt von Samoa)  
unterm 23. August berichtet, daß Sir Arthur Gordon, der britis-  
che Oberkommissär der Fidji-Inseln, dort in Kürze erwartet  
werde und man annehme, daß er mit Vollmachten versehen sei,  
um den Platz zu annektiren oder darüber ein englisches Protek-  
torat herzustellen, in welchem Falle der Kapitän gegen die An-  
nexion von Pago-Pago und dessen Benutzung als Kohlenstation  
zu protestiren beabsichtige. Kapitän Chandler fügt hinzu, er  
würde, falls es nothwendig werden sollte, sein Schiff dorthin  
führen, um die Station zu schützen. — Amerika hat wiederholt  
versucht, sich die ausschließliche Suprematie über die Samoa-Inseln  
zu sichern, ist aber bei diesen Bestrebungen auf den Widerstand  
der dortigen deutschen und englischen Vertreter gestoßen. Ganz  
besonders Gewicht legen die Amerikaner auf den Besitz des  
Hafens von Pago-Pago an der Ostküste der Tutuilainfel, welcher  
für die Vereinigten Staaten als der Schlüssel der Samoagruppe  
und für Centralpolynesien gilt und wunderbar belegen ist für  
den Schutz des amerikanischen Handels, der in steter Steigerung  
in jenen Gegenden begriffen ist.

## Stimmen über die Thronrede.

Die „Magdeb. Ztg.“ schließt ihre Betrachtungen über  
die Thronrede mit folgenden Sätzen:

„Wir können uns der Hoffnung, daß solche Erleichterungen  
(hinsichtlich der Steuern und der allgemeinen Finanzlage) faktisch ein-  
treten mögen, nur anschließen; mehr als Hoffnungen auszusprechen,  
gestattet die Gesamtlage bis jetzt noch keineswegs. Der Passus über  
die weitere Durchführung der begonnenen Verwaltungsreform  
lautet beruhigend, doch sind die hier gebrauchten Ausdrücke so dehnbar,  
daß man zu einem sicheren Urtheile über die Pläne des Ministers des  
Innern nicht recht gelangen kann. Wichtig ist jedenfalls, daß die Aus-  
dehnung der bestehenden und der noch zu erlassenden Gesetze in dieser  
Richtung auf das ganze Staatsgebiet mit unabweisenden Worten ver-  
sprochen wird. — Das Bedeutsamste an der Thronrede liegt offenbar  
darin, daß über die großen Fragen der Kirchenpolitik, über den  
Ausgleich mit Rom und über die Wirren in der protestan-  
tischen Landeskirche absolutes Schweigen beobachtet wird. Das Zentrum  
scheint hierüber überrascht, und in den Kreisen desselben spricht  
man sich wenig befriedigt mit dieser Enthaltensart aus. Der Kultus-  
und Unterrichtsminister — sonst so redselig — scheint mit seinem  
Reffort bei der Abfassung der Thronrede wie absichtlich übergegangen.  
Für die Stellung der Regierung zu den durch die Neuwahlen anders  
formirten Parteien des Abgeordnetenhauses läßt sich aus der Rede  
ebensowenig etwas Sicheres entnehmen, wie aus den sonstigen offizi-  
ellen oder offiziellen Aeußerungen der letzten Tage. Hier erscheint eben  
noch Alles der nächsten parlamentarischen Zukunft vorbehalten, und  
erst die folgenden Tage, die Präsidentenwahl zc. dürften wenigstens  
einige Klärung in die Situation bringen. Der mit Vorurufen be-  
grüßte Schluppassus schiebt wieder ganz besonders die „wirtschaftliche  
Neugestaltung“ in den Vordergrund der Bestrebungen. „In der ver-  
söhnlichen Wirkung“ derselben wird auch „der Ausgleich mancher Ge-  
gensätze“ erwartet. Wir glauben, daß sich das Zentrum durch diese  
allgemeine Andeutung allein nicht wieder zum Zusammengehen mit der  
Regierung wird bestimmen lassen. Ob es aber gelingt, ohne das  
Zentrum eine Majorität aus Konservativen und Nationalliberalen zu-  
sammensuchen, wird wesentlich von dem Verhalten der Regierung die-  
sen Parteien gegenüber abhängen.“

Die „Nat.-Ztg.“ findet die „Mache“ der Thronrede sehr  
geschickt. Die Länge derselben und die Fülle des Inhalts an  
Vorlagen lasse eine lange (3—4 Monate) und angestrengte Ses-



sion vorhersehen, was Prinzipienstreitigkeiten im Voraus als Zeitverschwendung denüthigen. Auch solle dadurch der Vorwurf entkräftet werden, als müsse eine konservative Verwaltung unfruchtbar sein. Keine der Vorlagen trage eine reaktionäre Tendenz offen an der Stirn; damit begegne man fürs Erste der Anschulldigung, als wollten die Konservativen die ganze liberale Gesetzgebung austilgen. Das zitierte Blatt fährt dann fort:

„Wir bekennen mit Vergnügen, daß diese streng ausgeprägte sachliche Haltung in den Kreisen der liberalen Partei wohlthuend berühren muß. Das Beispiel, den politischen Streit der Parteien in den Hintergründ zu drängen, wo es sich um Dinge handelt, die auf neutralem Boden ihre befriedigende Erledigung finden können, wird und muß nachgeahmt werden. Wir selbst geben uns gern der Erwartung hin, daß ein so vollständiger Stillstand aller fortwährenden Gesetzgebung, wie er während der Konfliktperiode und schon früher in der Zeit der Landrathsämter stattgefunden hat, diesmal kaum denkbar ist. Die Dinge, die seit zehn bis zwölf Jahre geschaffen sind, haben ein Schwergewicht, welches nach vorwärts drängt und selbst eine streng konservative Regierung zwingt, Hand anzulegen, um das Begonnene weiter zu führen. Wir selbst hegen die Hoffnung, daß es schon im Verlauf der beginnenden Session, demnächst aber auch in dem späteren Theil der Legislaturperiode zur Verständigung über manches förderliche Gesetz mit der Regierung kommen wird. Die Anschauung, daß es besser sei, nichts zu Stande kommen zu lassen, als aus den Händen einer konservativen Regierung bescheidene Abschlagszahlungen annehmen, wird hoffentlich keine erhebliche Vertretung finden; wir wenigstens würden ihr mit besten Kräften entgegenzutreten. Ganz ohne heißen Streit der Parteien kann und wird es indessen unter feinen Umständen abgehen. Der Thronrede hat ihr überaus friedliches Kolorit nur dadurch gewahrt werden können, daß ein ganzes großes Gebiet von Fragen, welches auf der Stufenleiter des Interesses durchaus nicht den niedrigsten Platz einnimmt, mit vollem Stillschweigen übergangen wird. Wir meinen das große Gebiet der Kirche und Schule betreffenden Fragen.“

Schließlich erklärt die „N. Z.“, daß freilich das Schweigen der Regierung gerade über die wichtigsten Fragen schwere Bedenken verursachen müsse und daß man ein Urtheil über die eigentliche Politik der Regierung weniger aus der Thronrede als aus den abzuwartenden Thatfachen entnehmen müsse.

## Vom Pandtage.

### 2. Sitzung des Herrenhauses.\*)

Berlin, 29. Oktober. 1 Uhr. Am Ministertische: Graf Stolberg-Wernigerode.

Zwei Schreiben des Ministers des Innern geben dem Hause Kenntniß von den seit dem Schlusse der vorigen Session im Staatsministerium und im Herrenhause eingetretenen Personalveränderungen. Sodann leisten die neu eingetretenen Mitglieder, Kammerherr von Brandt, Graf v. Matschka und Fürst Ferdinand v. Radziwill den Eid auf die Verfassung, da sie einen solchen bisher noch nicht geleistet haben.

Zu Quästoren ernannt der Präsident die Herren Schumann und Sulzer.

Die Abtheilungen sind ausgelost und haben sich konstituiert wie folgt:

I. Abtheilung: Bitter (Vors.), Graf Brühl (Stellv.), v. Winterfeld, Bredt (Schrift.); II. Abtheilung: Schubmann (Vors.), Graf zur Lippe (Stellv.), Friedländer (Bromberg), Brüning (Schrift.); III. Abtheilung: Graf v. Moltke (Vors.), Dr. Sulzer (Stellv.), Dr. Knoblauch, v. Simpson-Georgenburg (Schrift.); IV. Abtheilung: Otto Camphausen (Vors.), Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen (Stellv.), Graf v. Zieten-Schwerin, v. Jerin (Schrift.); V. Abtheilung: v. Kröcher (Vors.), v. Rath (Stellv.), Theune, Dieze (Schrift.).

Der Gesetzentwurf betr. die Ergänzung der Vorschriften für die Dienstbotenverhältnisse wird der Justizkommission, der Gesetzentwurf betr. die Verwerthung der Forstnutzungen in den Staatswaldungen der vormals kurfürstlichen Landestheile der Agrarkommission, der Gesetzentwurf betr. die Bestreitung der Kosten der Bedürfnisse der kirchlichen Gemeinden auf dem linken Rheinufer der Kommission für Kommunalangelegenheiten überwiesen und der Gesetzentwurf betr. das Verhältniß der Gastgemeinden Schlesiens zur einmaligen Schlussberatung gestellt.

Auf den Antrag des Grafen zur Lippe werden Graf Rittberg und v. Winterfeld in die Matrifiskalkommission, auf den Antrag des Grafen Rittberg wiederum v. Raabe, Dr. Baumstark und Schumann in die statistische Zentralkommission und auf den Antrag des Grafen zur Lippe Geh. Rath Weber in die Staatsschuldenkommission durch Affirmation gewählt.

Schluß 1½ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 29. Oktober. [Die Präsidentenwahl.] Die Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus wird morgen in einer Situation stattfinden, Angesichts derer man ernstlich bezweifeln muß, ob es von den Nationalliberalen richtig gehandelt ist, daß sie überhaupt versuchen, Bennigsen von Neuem zum Präsidenten zu machen. Als dieser Gedanke zuerst auftauchte, geschah es bekanntlich im engsten Zusammenhang mit dem Entschlusse Bennigsen's, von Neuem ein Mandat anzunehmen, und auf Grund der allgemein geglaubten Behauptung, Fürst Bismarck habe die Wiederwahl des bisherigen Präsidenten gewissermaßen garantirt; sie sollte ein Ausdruck der Bildung einer konservativ-liberalen Majorität sein. Davon kann gegenwärtig gar nicht die Rede sein. Was diese Majorität betrifft, so ist sie durch die Fusion oder, wie der Parlamentswitz sagt, Konfusion der Konservativen, wenn nicht definitiv ausgeschlossen, so doch vorläufig ziemlich problematisch geworden. Ein anderer Gesichtspunkt, von dem aus man allenfalls die Wahl Bennigsen zum Präsidenten als sachgemäß betrachten konnte, war der, daß vermieden werden sollte, gleich beim Beginn der Session in einem neu gewählten Hause, in welchem die Parteien noch nicht ihre definitive Stellung zu einander eingenommen haben, einen vorzeitigen Kampf zu veranlassen. Auch davon kann jetzt nicht mehr gesprochen werden, da dieser Kampf für morgen sicher bevorsteht und die Entscheidung unter allen Umständen nur durch eine zufällige Majorität von wenigen Stimmen herbeigeführt werden wird. Was die Liberalen gewinnen, wenn sie auf solchem Wege Bennigsen zum Präsidenten machen, ist ganz unverständlich. Sicher ist, daß sie ihre bedeutendste Kraft für die Fraktions- und für die Plenardebatten

\*) Verspätet eingetroffen, konnte deshalb nicht mehr an die Spitze des Blattes gesetzt werden.

verlieren; außerdem laufen sie Gefahr, daß der von ihnen gewählte Präsident bei der Handhabung seiner fast in allen Fällen diskretionären und daher dem Widerspruch ausgesetzten Gewalt in Konflikte verwickelt wird, da er auf eine sichere Mehrheit nicht zählen kann. Aus einem ähnlichen Grunde trat Jordanbeck bekanntlich im Reichstag vom Präsidium zurück. Damals wurde dieses Motiv seitens seiner meisten Parteigenossen als richtig anerkannt; auch jetzt sind nicht wenige Nationalliberale der Meinung, daß man viel besser thäte, Bennigsen nicht zum Präsidenten zu wählen, sondern sich damit zu begnügen, daß den Stürkeverhältnissen der Fraktionen gemäß irgend einem Nationalliberalen, etwa Herrn v. Benda, eine der Vizepräsidentenstellen übertragen wird. Indes der Fraktions-Point d'honneur wird doch dahin führen, daß man morgen um einen Sieg kämpfen wird, der keinen Werth hat, und sich dabei wahrscheinlich eine Niederlage zuzieht, welche man sich ersparen könnte. — Der Rücktritt des Justizministers Leonhardt, der demittirt wurde, als wir ihn vor einiger Zeit als wahrscheinlich erörterten, ist, wie es scheint, nicht mehr lange aufzuschieben. Was den Nachfolger betrifft, so wird nach wie vor in erster Reihe der Unterstaatssekretär v. Schelling genannt, obgleich augenblicklich diesem einigermaßen entgegensteht, daß er allzusehr ein Gefinnungsgeosse des Herrn v. Puttkamer ist, betreffs dessen Fürst Bismarck gegenwärtig dieselbe Stellung einnehmen soll, wie hinsichtlich Mühlher's während der letzten Periode von dessen Amtszeit, als er nämlich damals den Liberalen bedeutete: Stürzt ihn, wenn ihr könnt; ich halte ihn nicht. Neben Herrn von Schelling wird von Neuem der Staatssekretär im Reichsjustizamt, Dr. Friedberg, genannt. Wir erwähnten vor einiger Zeit, daß derselbe zu dem vertrauten Kreise des Kronprinzen gehört; Personen, welche mit der dort herrschenden Stimmung bekannt sind, bezweifeln damals und bezweifeln zum Theil auch jetzt noch, daß Herr Friedberg geneigt sein sollte, in das preussische Ministerium, wie es gegenwärtig zusammengefaßt ist, einzutreten. Indes es giebt auch Skeptiker, welche solchen Zweifeln gegenüber die Meinung vertreten, daß in unseren hohen bürokratischen Kreisen jeder, dem ein Ministerposten angeboten wird, dasselbe auch annimmt trotz aller abschreckenden Erfahrungen, welche in dieser Beziehung während der letzten Jahre gemacht worden. Der „Personalunion“ zwischen dem Reichsjustizamt und dem preussischen Justizministerium sind übrigens die Justizminister der Einzelstaaten entschieden abgeneigt. Als das sogenannte Stellvertretungsgezet im Reichstag vereinbart wurde, bestand bei den einzelstaatlichen Regierungen die ausgesprochene Absicht, speziell diese Personalunion unmöglich zu machen. In Folge von mancherlei Zwischenfällen ist damals der Wortlaut des Gesetzes schließlich so gerathen, daß die Verbindung des Reichsjustizamts und des preussischen Justizministeriums unter demselben Chef formell nicht ausgeschlossen ist.

Die der Generalsynode zugegangene Denkschrift des Oberkirchenrathes betreffend den gegenwärtigen Stand der Stolgebührenangelegenheit enthält eine Zusammenstellung der Gutachten der verschiedenen Provinzialsynoden über diese Frage. Die Aufhebung der Stolgebühren haben die Synoden der östlichen Provinzen zum großen Theil als ein allgemeines und dringendes Bedürfnis, mindestens aber als allgemein wünschenswerth bezeichnet, während die Kreisynoden der westlichen Provinzen ein Bedürfnis verneint haben. Die Aufhebungen sollen nur für die einfachsten Formen der kirchlichen Akte erfolgen, sonst aber beibehalten werden. Was die Abfindung angeht, so wünschen 5 Provinzialsynoden die volle Abfindung auch für die hochdotirten Stellen, wogegen sich die rheinisch-westfälischen Kreisynoden ausgesprochen haben. Was die Entschädigungen angeht, so fassen sämtliche Provinzialsynoden in erster Linie mehr oder weniger umfangreiche Staatsleistungen ins Auge, Posen hält den Staat zu diesen Leistungen sogar für moralisch verpflichtet. Die Provinzial-Synoden von Preußen und Posen denken dann an eine Landeskirchen-, Pommern und Sachsen an Provinzialkirchensteuer, während Brandenburg und Schlesien an der Ertragspflicht der Gemeinden festhalten. Der Oberkirchenrath hat nunmehr zur Entscheidung der Frage das nöthige statistische Material sammeln lassen und sich außerdem an den Kultusminister gewendet mit den Fragen: 1. in welchem Umfang der Staat zur Unterstützung der Kirche durch Vergabe von Mitteln in der Sache bereit sein werde, und 2. welche Aufnahme bei den staatlichen Organen eventuell die in dieser Angelegenheit ergebenden Beschlüsse der landeskirchlichen Organe wegen einer über die Grenzen des Artikels 16 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 hinausgehenden direkten Kirchensteuer zu erwarten haben. Aus dem § 54 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivil-Ehe, beduzirt der Oberkirchenrath dem Kultusministerium, daß man durch denselben für die Befreiung aller der Kirche durch das Zivilstandsgesetz drohenden Nachteile habe sorgen wollen, so daß nicht allein den damals im Amte befindlichen, sondern auch allen künftigen benachtheiligten Geistlichen und Kirchendienern volle Entschädigung zugesichert sei; deshalb sei der bis jetzt geleistete höchste Jahresbetrag als Mindestbetrag des dauernd zu leistenden oder allmählich in Kapital zu erzeugenden anzusehen. — Der Kultusminister hat darauf unter 29. Mai d. J. geantwortet, daß zu den vorgelegten Fragen erst dann Stellung genommen werden könne, wenn ein endgültiger Beschluß der landeskirchlichen Organe vorliege. Indessen bemerkte der Kultusminister im Einverständnis mit dem Finanzminister im Allgemeinen: Bei der Frage einer generellen Stolgebührenabfindung habe die Staatsregierung doch nur insoweit einzutreten, als das Zivilstandsgesetz die Stolgebühren überhaupt beeinflusse, d. h. bezüglich der Akte, Tauf-, Aufgebots- und Traugebühren; aus dem § 54 des Zivilstandsgesetzes könne eine rechtliche Verpflichtung des Staats zu Beihilfen bei der Aufhebung der Stolgebühren nicht hergeleitet werden, denn das Gesetz habe die Forterhebung derselben zur Voraussetzung, und nur für die Ausfälle trete die Staatskasse ein. § 54 lautet nämlich: „Ein besonderes Gesetz wird die Vorbedingungen, die Quelle und das Maß der Entschädigung derjenigen Geistlichen und Kirchendiener bestimmen, welche nachweislich in Folge des gegenwärtigen Gesetzes einen Ausfall in ihrem Einkommen erleiden. Wenn man die Stolgebühren generell aufhebt, kann man doch von einem Ausfall nicht mehr reden! Was nun die in Rede stehende Aufhebung finanziell bedeutet, geht aus nachstehenden Zahlen hervor. Vor dem Zivilstandsgesetze betrugen die Stolgebühren im Durchschnitt von 1868/74 jährlich 6,711,902 M. oder ca. 17 Prozent der von den Evangelischen gezahlten Klassen- und Einkommensteuer. Wie verschieden aber die Belastung in den einzelnen Provinzen sich stellt, ergiebt sich daraus, daß die Stolgebühren in Prozenten der Klassen- und Einkommensteuer der Evangelischen betrugen: in Rheinland 5, Brandenburg 10,62, Westfalen 15, Sachsen 18,35, Pommern 22, Preußen 32,10, Schlesien 32,34 und Posen 35. Bei der Einführung der Zivilehe bestanden überhaupt keine Stolgebühren in 56 Pfarochien, in 88 sind seitdem Erhöhungen vorgenommen, in 69 Erniedrigungen, aufgehoben sind sie seitdem in 33 Pfarochien gänzlich, in 597 für einzelne Akte. Ersatz für die Mindereinkommen sind geleistet in 85 Fällen aus solventen Kirchentassen, in 106 durch

Umlagen. Der Gesamtausfall an Einkommen der Geistlichen stellt sich in Brandenburg auf 11,84, in Westfalen auf 11, in Preußen auf 5,29, Schlesien auf 3,53, Posen auf 3, Pommern auf 2,65, Sachsen auf 2,41 und Rheinland auf 0,60 pCt. Nach diesen Ergebnissen hält der Oberkirchenrath allerdings die thünlichst weitgehende Aufhebung der Stolgebühren nach wie vor für dringend wünschenswerth, aber jetzt für unausführbar. Wollte man die gesamten Stolgebühren obdosen, so würde dazu eine Kirchensteuer von 17,25 pCt. der Klassen- und Einkommensteuer erforderlich sein; wollte man sie auch nur für kirchliche Akte der einfachsten Form in Betracht ziehen, so wären immer noch 13,36 pCt. erforderlich, und auch die weitere Beschränkung auf die mit der Zivilstandsgesetzgebung unmittelbar zusammenhängenden Akte — Taufe, Aufgebot, Trauung und Akte — erforderten immer noch 7,30 pCt. Wollte man dafür eine Landeskirchensteuer umlegen, so würde man die Provinzen nicht in dem Maße belasten, was sie jetzt an Gebühren aufbringen. Hiernach erscheint es, so schließt die Denkschrift, außer Zweifel, daß von der Einführung einer landeskirchlichen Steuer wenigstens insoweit abgesehen werden muß, als es sich um eine prinzipiale Heranziehung des landeskirchlichen Verbandes handelt; der Schwerpunkt der weiteren Erörterungen wird vorerst in die Provinzialinstanzen verlegt werden müssen. Immerhin ist aber schon jetzt mit Bestimmtheit anzunehmen, daß in einzelnen Fällen ein Zentralfonds helfend eintreten muß, der, soweit nicht aus Staatsmitteln gebildet, durch Landeskirchensteuern dotirt werden muß.

Die Ungeheuerlichkeit der Kommunallasten in den westlichen Provinzen wird sehr drastisch illustriert durch folgenden Abschnitt aus dem neuesten Jahresberichte der Bochumer Handelskammer: „In wahrhaft abnormer Weise gestalten sich die Kommunalsteuer-Verhältnisse in der Stadt Wattencheid. Es müssen dort als Kommunalsteuer 400 pCt. von der Klassensteuer, 300 pCt. der Grund- und Gebäudesteuer, neben 200 pCt. Schul- und 100 pCt. Kirchensteuer aufgebracht werden. In diesem Orte muß ein kleiner Gewerksmann, der ein eigenes Haus besitzt, mehr als den vierten Theil seines Einkommens an Steuern zahlen. Bei solcher Belastung ist es nicht zu verwundern, daß sich in Wattencheid im Etatsjahr 1877—78 bei einem Etat von 110,000 Mark und einem Defizit von 95,000 M., die Steuer-Ausfälle auf ca. 25,000 M., 1878—79 bei einem Etat von 144,000 M. und einem Defizit von 126,000 M. auf über 36,000 M. belaufen haben. Pro 1879—80 ist der Etat mit 144,566 M. festgesetzt worden. — In Hattingen betragen die Kommunalsteuern 450 pCt. der Klassensteuer, sowie der halben Grund- und 1¼ der Gebäudesteuer. Die dortige 6400 Seelen betragende Einwohnerchaft hat eine Kommunalsteuerlast von 93,835 M. zu tragen, während sie noch im Jahre 1873 bei sehr reichem Verdienst der Bevölkerung in Folge der schwunghaften Entwicklung der Industrie mit 41,250 M. ausreichte.“

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 30. Oktober.

E. [Bauten auf dem Bahnhofe.] Mit der Legung der Fundamente zu dem Dienstgebäude für die Märkisch-Posener Eisenbahn, das hinter der zu errichtenden Empfangshalle für diese Bahn und schräg gegenüber dem Centralbahnhofsgebäude seinen Platz hat, ist dieser Tage begonnen worden. Das Gebäude wird noch in diesem Jahre fertig gestellt werden, da es der Rayon-Verhältnisse halber nur in Fachwerk errichtet werden darf. Der Bau der Empfangshalle der Märkisch-Posener Bahn, die dem Centralbahnhofsgebäude gradegegenüber zu liegen kommt, soll erst im künftigen Frühjahr in Angriff genommen werden; die Militärbehörde hat sich mit dem Bau bereits einverstanden erklärt. Diese Halle, die aus Bindewerk erbaut und theilweis im Innern und Außern Bretterbekleidung erhalten wird, bekommt eine anschließende Ueberführung in einer Länge von rund 20 Metern und in einer Breite von 6½ Metern nach dem Centralbahnhofsgebäude, ebenfalls in Bindewerk. Die Direktion der Märkisch-Posener Eisenbahn hat sich der Militärbehörde gegenüber verpflichten müssen, die Baulichkeiten im Falle der Armierung der hiesigen Festung auf Erfordern der Kommandantur auf eigene Kosten und ohne Anspruch auf Entschädigung sofort zu beseitigen. Von jetzt ab ist täglich ein Arbeitszug eingestellt, der die Erdmassen zc. wegschafft, welche in Folge der Abräumung des Terrains zur Erbauung der Empfangshalle, des Dienstgebäudes und der Retiraden sowie der projektierten Parkanlage zwischen Empfangshalle und Dienstgebäude dort überflüssig und hinderlich sind.

r. [Regierungs-Präsident Wegner] ist gestern Nachmittag nach Rastow gereist.

o. Polnisches Theater. Die Vorstellungen im polnischen Theater werden vom 1. November beginnen. Der Theater-Direktor Dorosinski ist mit dem größten Theile seiner Gesellschaft bereits hier eingetroffen, so daß nur noch einzelne Mitglieder in diesen Tagen aus russisch-Polen nachzuziehen haben.

## Erste ordentliche General-Synode.

15. Plenar-Sitzung vom 28. Oktober.

Das Haus ist vollständig, die Tribünen zahlreich besetzt. — Am Regierungstische: Präsident des evangelischen Oberkirchenraths, Dr. Hermele und einige Räte des evangelischen Oberkirchenraths. — Den ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildet der Antrag der rheinischen Provinzialsynode, betreffend die Ablehnung, resp. Niederlegung der Schulinspektion seitens der Geistlichen. Der diesbezügliche Referent, Superintendent Evertsbuch (Lennep): Die auf Anregung der Kreisynode Lennep von der rheinischen Provinzialsynode angeregte Frage, ob den Geistlichen nach der neueren Gesetzgebung frei stehe, das Amt eines Schulinspektors abzulehnen oder niederzulegen und zwar mit einfacher motivirter Anzeige an das Konsistorium 14 Tage vor Ablehnung respektive Niederlegung, hätte der evangelische Oberkirchenrath durch Bescheid vom 22. Februar 1875 verneint und es als eine Forderung der Disziplin bezeichnet, sich nicht ohne Zustimmung des Konsistoriums von der Schulaufsicht loszusagen. Im Widerspruch hiermit siehe seine (des Redners) Auffassung. Es sei keine rechtliche Frage, deren Forum die kirchliche Behörde, sondern eine moralische, deren Forum das Gewissen der Geistlichen sei. Das Konsistorium könne doch keinen Geistlichen gegen sein Gewissen zwingen, die Schulaufsicht weiter zu führen. Die 16. rheinische Provinzialsynode habe sich einstimmig für Anrufung des Botums der General-Synode entschieden. Er eruche die General-Synode zu beschließen: 1) Eine rechtliche Verpflichtung der Geistlichen zur Führung der Schulaufsicht erscheint nicht mehr als begründet; 2) es werde von den Geistlichen erwartet, daß dieselben im Interesse des Unterrichts und der Erziehung der Jugend die Ablehnung resp. Niederlegung der Schulaufsicht nur nach desfallsiger motivirter Anzeige an die kirch-



liche Aufsichtsbehörde, und zwar erst 14 Tage nach dieser Anzeige, vollziehen." (Beifall.) — Pfarrer M. G. L. (Wulfrath i. d. Rheinprovinz): Die Art und Weise, in welcher die Geistlichen zu Schulinspektoren ernannt werden, sei eine geradezu verkehrte. Die vorliegende Frage sei auch keine speziell rheinische, sondern im vollsten Sinne eine landeskirchliche und deshalb erliche er dringend, dem von dem Referenten proponierten Antrag zuzustimmen. — Präsident Dr. Hermes: Der Evangelische Oberkirchenrath habe in seinem Erlasse von 1875 nicht von einer Dienstpflicht im Interesse des Staates gesprochen. An eine Aufhebung der staatlichen Schulaufsicht könne sich jetzt nicht gedacht werden. Man befände sich eben noch mit der Ausführung des Schulaufsichtsgesetzes von 1872 im Uebergangsstadium. Es stehe jedoch zu hoffen, daß in Zukunft von Seiten des Staates Erleichterungen eintreten werden, die das Verhältnis der geistlichen Schulinspektoren zu den Staatsbehörden erprießlicher und würdiger gestalten sollen. Im Hinblick auf diese Umstände erliche er daher heute nicht in eine Besprechung über den vorliegenden Antrag einzutreten (Beifall). — Die Synode beschließt demgemäß.

Nach einem kurzen Referat des Regierungspräsidenten v. Stottwell (M. rhenverder) wird alsdann ohne Debatte beschlossen: „Auf Grund der Bestimmungen der §§ 14 Abs. 2 und 38 der General-Synodal-Ordnung vom 20. Januar 1871 und des Artikels 15, Abs. 2 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 erklärt die General-Synode sich damit einverstanden, daß der endgültige Vertheilungsmaßstab für die Kosten der General-Synode dahin festgesetzt wird, daß diese Kosten auf die Provinzen der Landeskirche nach Maßgabe der Gesamtbeiträge der evangelischen Gemeindeglieder an Klassen- und klassifizierter Einkommensteuer aufgebracht werden.“

Auf Antrag des Gymnasialdirektors a. D. Herbst wird beschlossen, den Evangelischen Oberkirchenrath zu ersuchen, bei den Staatsbehörden dahin zu wirken, daß bei Festsetzung der Ferien an höheren Schulen, einschließlich der Militärbildungsanstalten thunlichst darauf Rücksicht genommen werde, daß den Schülern der Besuch des Gottesdienstes, sowie die Sonntagsheiligung nicht verkürzt werde.

Hofprediger Schrader (Berlin) referirt hierauf über die Pfarrwahl-Ordnung. Die diözesanliche Kommission schlägt folgende Aenderungen vor. Verordnung zur Ausführung des § 32 Nr. 2 der Kirchen-, Gemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 dem § 2 hinzuzufügen: Sind mehrere Gemeinden unter einem gemeinschaftlichen Pfarramt verbunden, so nehmen auch die Vertretungen der zur Pfarrkirche gehörigen Kirchen privaten Patronats an der Gemeindevahl Theil. Dem § 3 ist folgendes Alinea beizufügen: In Fällen, wo das kirchliche Interesse es wünschenswerth erscheinen läßt, können mit Genehmigung des Evangelischen Oberkirchenraths wahlfähige Personen mit dem erforderlichen Dienstalter (§ 4) auch dann, wenn sie noch nicht ordiniert sind, in solche Pfarrstellen berufen werden, deren Jahreseinkommen 3600 M. übersteigt. Der § 5 ist folgendermaßen zu fassen: Die Bewerbung ist nur beim Konsistorium und zwar schriftlich anzubringen. Dasselbe überfendet die eingegangenen Meldungen dem Gemeinde-Kirchenrath. Den Geistlichen und Kandidaten ist jedes Verben um Stimmen, sowie jeder Versuch, durch unwürdige Mittel auf die Wahl einzuwirken, bei Vermeidung disziplinarischer Abhandlung verboten. Die beiden ersten Alineas des § 6 folgendermaßen zu fassen: Der Gemeinde-Kirchenrath hat unter Leitung des Superintendenten alle zu einer guten Wahl erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Sowohl die vereinigten Gemeinde-Organen als auch der Gemeinde-Kirchenrath für sich können verlangen, daß die zur Befetzung der Stelle in Aussicht genommenen Geistlichen und Kandidaten nach vorheriger Abkündigung in den Gemeindefkirchen des Gemeindebezirks eine Predigt und Katechisation halten. Die Wahl ist nicht auf diejenigen beschränkt, welche eine Predigt oder Katechisation gehalten haben. Dem § 9 folgendes hinzuzufügen: „Hat der Geistliche nicht bereits vor der Wahl eine Galtpredigt gehalten und ist er auch sonst der Gemeinde nicht schon hinlänglich bekannt, so hat eine Probepredigt und Katechisation stattzufinden. Innerhalb zwei Wochen nach der ersten Bekanntmachung, beziehungsweise nach der Probepredigt, kann jedes Gemeindeglied gegen Lehre, Gaben und Wandel des Gewählten und gegen die Gerechtigkeit der Wahl bei dem Superintendenten Einspruch erheben.“ § 11. Der Gemeindefkirchenrath hat, nachdem der Gewählte angenommen hat, die Wahlverhandlungen durch den Superintendenten dem Konsistorium einzureichen, welches über die Berufung des Gewählten befindet. Das Alinea 2 des § 13 folgendermaßen zu fassen: „Erfolgt die erste Erledigung seit dem 1. Januar 1875 auf andere Weise, als durch den Tod des Stelleninhabers, so wählt die Gemeinde in allen Erledigungsfällen, welche bis zum 1. Januar 1881 eintreten, die Kirchenbehörde dagegen bestet in allen gleichartigen Fällen des darauf folgenden Kalenderjahres. In gleicher Weise findet vom 1. Januar 1882 ab ein jährlicher Wechsel zwischen der Befetzung mit und ohne Konkurrenz der Gemeindewahl bei den nicht durch den Tod zum ersten Male erledigten Stellen statt.“ dem § 14 hinzuzufügen: Wird die Berufung des Gewählten (111) in Folge der wider die Wahl erhobenen Einsprüche der aus anderen Gründen von dem Konsistorium verweigert, so muß eine Neuwahl binnen 6 Wochen vorgenommen werden. Hat auch die zweite Wahl die Genehmigung der Kirchenbehörde nicht erhalten, so kann die Stelle von dem Konsistorium ohne weitere Konkurrenz einer Gemeindevahl besetzt werden.“

Der Referent Hofprediger Schrader: Die Kommission für die Pfarrwahlordnung habe eine sehr schwierige Arbeit gehabt. Die Kommission sei einstimmig der Meinung gewesen, man habe der Gemeinde Rechte verliehen, ohne mit denselben Pflichten zu verbinden; dieser Umstand habe zu großen Unzutraglichkeiten geführt. Es sei aus diesem Grunde in der Kommission der Antrag gestellt worden, in die Pfarrwahlordnung folgende Bestimmung aufzunehmen: das Konsistorium ist berechtigt, den Gemeinden drei Geistliche vorzuschlagen, von denen die Gemeinden Einen zu wählen haben. Man sagte in der Kommission, das freie Gemeindevahlrecht sei historisch in keiner Weise begründet, es entwürde die geistlichen Stand, bringe Zerplitterung in die Gemeinden u. i. w. Dieser Ansicht traten jedoch nur 4 Kommis sionsmitglieder bei. Die große Mehrheit der Kommissionsmitglieder habe dem erwähnten Antrage jedoch nicht zustimmen können und erwidert: wenn das Gemeindevahlrecht auch kein historisches, so sei es doch immerhin ein auf dem Gemeindepinzp basirendes Recht. Es sei auch nicht rathsam, alle Macht in die Hände des obersten Kirchenregiments zu legen. Es stehe doch noch in Zweifel, ob das Konsistorium nicht auch Fehlschritte mit seinen Vorschlägen machen würde. Das Gemeindepinzp sei nicht zu verlegen. Wenn die Geistlichen die Diener Gottes seien, so sei die Gemeinde die Braut Christi. Er schließe mit der Bitte, die Vorschläge der Kommission anzunehmen. (Beifall.) — Konsistorial-Präsident Segel (Berlin): Er wolle seinen in der Kommission geäußerten, von dem Referenten erwähnten Antrag, nachdem ihn die Kommission abgelehnt, nicht erneuern, sondern ihn nur dem Ober-Kirchenrath zur gefälligen Erwägung anheim geben. Er stelle die Frage: mer sei wohl am ehesten in der Lage zu beurtheilen, welcher Pfarrer der Gemeinde frommt? doch lediglich das Konsistorium! (Widerpruch links). Eine an Freisinnigkeit weit fortgeschrittene Gemeinde werde sich gewiß keinen Pfarrer wählen, der sie wieder auf die rechte Bahn geleite. Das Gemeindevahlrecht, wie es gegenwärtig bestehe, schädige den geistlichen Stand und veranlasse ihn, wenn er Stellung haben wolle, sich der in den Gemeinden herrschenden Richtung anzubequemen. Er halte aus diesem Grunde das jetzt bestehende Gemeindevahlrecht für unverwerflich (Lebhafter Beifall rechts, Widerpruch links). — Superintendent a. D. Meinholt (Cammin): Das Gemeindevahlrecht sei eines von jenen liberalen Geisdenken der Neuzeit, das anstatt zur Freiheit zu führen, Unfreiheit gebracht. Wenn er erwäge, in welcher Weise Pfarramts-Kandidaten um die Gunst der Gemeinden buhlen müssen, so könne er nicht umhin, diese Diskreditirung des geistlichen Amtes als etwas ganz Erbärmliches zu bezeichnen. (Lauter Widerpruch links). Er erkläre in den Vorschlägen der Kom-

mission schon einen kleinen Schritt zum Besseren, bedaure jedoch, daß der Synodale Segel seinen Antrag zurückgezogen habe. (Beifall rechts.) — Nachdem sich noch mehrere Redner geäußert, wird der erste Absatz in folgender Fassung angenommen: Sind mehrere Gemeinden unter einem gemeinschaftlichen Pfarramt verbunden, so nehmen die Vertretungen derselben, sofern nicht Rechte Dritter entgegenstehen, an der Gemeindevahl Theil. Hier wird die Sitzung gegen 8½ Uhr Abends vertagt. — Superintendent Grolmann spricht das Schlußgebet. — Nächste Sitzung Mittwoch, den 29. d., Nachmittags 6 Uhr.

## Staats- und Volkswirtschaft.

**\*\* Die frankfurter Handelskammer** macht bekannt, daß vom 1. November an neben dem Komptant-Geschäfte auch die amtliche Notiz für Zeitgeschäfte per Medio und per Ultimo erfolgt in Kreditaktien, Staatsbahnaktien, Galizien, Lombarden, Ungarn, österreichischen Renten und sechziger Loosen, die unter voller Zinsberechnung notirt werden.

**\*\* Bromberg, 29. Oktober.** [Schiffsverkehr auf dem Bromberger Kanal vom 28. bis 29. Oktober. Mittags 12 Uhr.] Schiffer Friedrich Schulz, 1. 16,358, eich. Stabholz, von Thorn nach Berlin. August Schulz, 1. 15,855, leer von Berlin nach Bromberg. August Lamprecht, 1. 16,119, eich. Bretter, von Schulz nach Berlin. August Schade, 1. 16,412 eich. Bretter, von Bromberg nach Berlin. Friedr. Ramin, 1. 16,549, eich. Bretter, von Schulz nach Berlin. Christ. Palise, VIII. 1047, Weizen, von Bromberg nach Berlin. Ferd. Gliese, IV. 523, Roggen, von Bloch nach Berlin. Otto Kugner, ein Raddampfer von Koslau nach Katharinoslaw. Ein Schraubendampfer von Berlin nach Thorn.

**\*\* Unter dem Titel „Banque Fonciere du Jura“** wurde von der Regierung in Bern am 8. d. M. eine Hypothekenbank konfessioniert, welche in Delemont (Berner Jura) ihren Sitz haben wird. Das Kapital derselben ist auf 2,000,000 Frks. in 4000 Aktien zu 500 Franks festgesetzt, wovon vorerst nur die Hälfte einbezahlt wird. Die Bank ist nach einem Bericht der „Frankf. Stg.“ mit der Berechtigung ausgestattet, für den zehnfachen Betrag des eingezahlten Aktienkapitals „Obligations Foncières“ oder Pfandbriefe auszugeben. Der Betrag der ausgegebenen Obligationen muß immer für Hypotheken-Anlagen verwendet werden. Die Bank darf Gelder in Depot und in Kontokorrent aufnehmen und Wechsel mit 3 Unterschriften diskontiren, welche der Kontrolle eines Komites von 3 Verwaltungsräthen unterworfen sind. Auch kann die Bank sich bei Staats- und Gemeinde-Anleihen betheiligen. Im berner Jura giebt es bis jetzt keine andere selbstständige Bank. Die Institute der Hauptstadt waren zwar in der Gegend vertreten, aber ohne diesem landwirthschaftlich und industriell wichtigen Landestheile die erforderlichen Hilfsmittel zuzuführen.

**\*\* Das Exposé des russischen Budgets** für das Jahr 1878 hat, wie der „Golos“ berichtet, ergeben: an Einnahmen — 625,972,000 Rubel, an gewöhnlichen Ausgaben — 600,510,000 Rubel und außerdem an außerordentlichen für Kriegsbedürfnisse etwas über 408,000,000 Rubel.

## Telegraphische Nachrichten.

**Berlin, 29. Oktober.** S. M. gedeckte Korvette „Vineta“, 19 Geschütze, Kommandant Kapitän z. S. Rixow, ist am 24. d. in Plymouth eingetroffen.

**Strasbourg i. G., 29. Oktober.** Das Gesetzblatt für Elsaß-Lothringen publizirt eine Verordnung des Statthalters, durch welche für die vorgunehmenden Wahlen der Abgeordneten zum Landesausschusse der Termin für die Wahl der Wahlmännerwahlen auf den 6. November und der Termin für die Wahl der Abgeordneten auf den 18. November angesetzt wird.

**München, 29. Oktober.** Der Reichsrath hat heute den Gesetzentwurf betreffend den Zuschlag zur Malzsteuer nach längerer lebhafter Debatte in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung angenommen.

**Wien, 29. Oktober.** Meldungen der „Polit. Korresp.“ Aus Konstantinopel: Die Pforte hat den Ersatz der albanesischen Truppen an der griechischen Grenze durch asiatische Truppen angeordnet. — Aus Cetinje: Die Montenegriner sind bis Orhanika vorgebrungen; im Lager derselben sind Einwohner von Orhanika und Pepic eingetroffen, um ihre Unterwerfung anzuzeigen.

**New-York, 28. Oktober.** Der Dampfer „England“ von der Rational-Dampfschiffs-Compagnie (C. Meising'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.

Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Heute und jeden Donnerstag **Cisbeine.**

**F. Skrzyszewski, Al. Gerberstr. 4.**

## Telegraphische Börsenberichte.

### Produkten-Course.

**Frankfurt a. M., 29. Oktober.** (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,342. Pariser do. 80,45. Wiener do. 173,00. R.-M.-St.-A. 141½. Rheinische do. 147½. Hess. Ludwigsb. 78½. R.-M.-Pr.-Anth. 132½. Reichsanl. 97½. Reichsbank 153½. Darmstb. 136½. Meininger B. 83½. Deut. Anst. W. 724,00. Kreditaktien\* 23½. Silberrente 60½. Papierrente 59. Goldrente 69½. Ung. Goldrente 82½. 1860er Loose 123½. 1864er Loose 300,50. Ung. Staatsl. 186,00. do. Ostb.-Obl. II. 74. Böhm. Westbahn 164½. Elisabethb. 149½. Nordwestb. 118½. Galizier 207. Franzosen\* 228½. Lombarden\* 65½. Italiener —. 1877er Russen 88½. II. Orientanl. 60½. Centr.-Pacifi 108.

\*) per medio resp. per ultimo

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 230½. Franzosen 228. II. Orientanleihe — Galizier —. Ungar. Goldrente —.

**Frankfurt a. M., 29. Oktober.** Effekten-Sozietät. Kreditaktien 231½. Franzosen 228. Lombarden —. 1860er Loose 124. Deisterreich. Silberrente 60½. Deisterreich. Papierrente —. Ungar. Goldrente —. II. Orientanleihe 60½. III. Orientanleihe 59½. Fest.

**Wien, 29. Oktober.** (Schluß-Course.) Die Börse eröffnete schwach, befestigte sich aber in Folge der von ausländischen Plätzen gemeldeten Kursen.

Papierrente 68,22½. Silberrente 70,20. Deister. Goldrente 80,80. Ungarische Goldrente 95,15. 1854r Loose 121,00. 1860r Loose 128,00. 1864r Loose 158,50. Kreditloose 168,20. Ungar. Prämienl. 104,00. Kreditaktien 266,60. Franzosen 263,00. Lombarden 77,25. Galizier 239,00. Kasch.-Dobr. 113,50. Pardubitzer —. Nordwestb. 137,00. Elisabethbahn 172,70. Nordbahn 229,00. Deisterreich. ung. Bank 839,00. Türl. Loose 19,00. Unionbank 93,20. Anglo-Austr. 133,90. Wiener Bankverein 136,25. Ungar. Kredit 254,25. Deutsche Plätze 56,95. Londoner Wechsel 116,95. Pariser do. 46,05. Amsterdam do. 96,40. Napoleons 9,30. Dufaten 5,58. Silber 100,00. Marknoten 57,60. Russische Banknoten 1,24½.

**Wien, 29. Oktober.** Abendbörse. Kreditaktien 267,00. Franzosen 263,50. Galizier 239,00. Anglo-Austr. 133,75. Lombarden 77,50.

Papierrente 68,25. Deister. Goldrente 80,80. Ungar. Goldrente 95,27½. Marknoten 57,55. Napoleons 9,30. Nordbahn —. Fest.

**Florenz, 29. Oktober.** 5 pSt. Italienische Rente 90,32. Gold 22,82. Paris, 28. Oktober. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente 81,10. Anleihe von 1872 117,12½. Italiener 78,82½. Türken 11,45. Türkenloose 42,50. österreich. Goldrente 69½. ung. Goldrente 84½. III. Orientanleihe 62½. Egypter 241,37½. Fest.

**Paris, 29. Oktober.** Geschäftslos. 3proz. amortisirt. Rente 83,15. 3proz. Rente 81,45. Anleihe de 1872 117,05. Italien. 5proz. Rente 78,85. Deister. Goldrente 69½. Ungar. Goldrente 83½. Russen de 1877 92½. Franzosen 572,50. Lombardische Eisenbahn-Aktien 175,00. Lombardische Prioritäten 258,00. Türken de 1865 11,42½.

Credit mobilier 692. Spanier ext. 15½. do. inter. 14½. Suezkanal-Aktien 700. Banque ottomane 512. Societe generale 528. Credit foncier 1035. Egypter 242. Banque de Paris 837. Banque d'escompte 1002. Banque hypothecaire 687. III. Orientanleihe 62½. Türkenloose 41,75. Londoner Wechsel 25,28.

**London, 29. Oktober.** Consols 97½. Italien. 5proz. Rente 78½. Lombarden 7. 3proz. Lombarden alte 10½. 3proz. do. neue —. 5proz. Russen de 1871 86½. 5proz. Russen de 1872 86. 5proz. Russen de 1873 88½. 5proz. Türken de 1865 11½. 5proz. fundirt. Amerikaner 105½. Deister. Silberrente 61½. do. Papierrente 60½. Ungar. Goldrente 83. Deister. Goldrente 69. Spanier 15½. Egypter 48½. Plazdiskont 1½ pSt.

**Petersburg, 29. Oktober.** Wechsel auf London 25½. II. Orientanleihe 90½. III. Orientanleihe 91.

**Newyork, 28. Oktbr.\*** (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 80½. C. Wechsel auf Paris 5,23½. 5pSt. fundirt. Anleihe 103½. 4pSt. fundirt. Anleihe von 1877 102½. Erie-Bahn 38½. Central-Pacific 110. Newyork Centralbahn —.

### Produkten-Course.

**Köln, 29. Oktober.** (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00. fremder loco 23,50. pr. November 22,65. pr. März 23,69. Roggen loco 17,50. pr. November 15,95. pr. März 16,80. Hafer loco 14,00. Rübsöl loco 29,70. pr. Oktober 29,40. Mai 30,10.

**Bremen, 29. Oktbr.** Petroleum matt. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,70. pr. November 7,70. pr. Dezember 7,85. pr. Januar 7,95.

**Hamburg, 29. Oktober.** (Getreidemarkt.) Weizen loco ruhig, auf Termine flau. Roggen loco still, auf Termine flau. Weizen per Oktober-Nov. 230 Br., 229 Gd., per April-Mai 232 Br., 231 Gd. Roggen per Oktober-November 160 Br., 159 Gd., per April-Mai 161 Br., 160 Gd. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübsöl behauptet, per Oktob. 56, per Mai 58. Spiritus ruhig, per Oktober — Br., per November-Dezember 48½ Br., per Dezember-Januar 48½ Br., pr. April-Mai 47 Br. Kaffee sehr fest, Uniaf 5000 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loco 8,00 Br., 7,90 Gd., pr. Oktober 7,90 Gd., pr. November-Dezember 8,00 Gd. — Wetter: Feucht.

**Peft, 29. Oktober.** (Produktenmarkt.) Weizen per Frühjahr ruhiger, per Frühjahr 14,95 Gd., 15,00 Br. Hafer per Frühjahr 7,47 Gd., 7,50 Br. Mais per Mai-Juni 8,60 Gd., 8,75 Br. — Wetter: Schön.

**Amsterdam, 28. Oktober.** Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen pr. März 348. Roggen pr. März 200.

**Amsterdam, 28. Oktober.** Bancazinn 55.

**Amsterdam, 29. Oktober.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedriger, per März 338. Roggen loco niedriger, auf Termine flau, per Oktober 187, per März 195. Rap s per Herbst 343 Fl. Rübsöl loco 34, per Herbst 34, per Mai 35½.

**Antwerpen, 28. Oktober.** Wollauktion. Schöne Buenos-Ayres Wollen vielfach 5 höher 2170 Ballen angeboten, 1489 B. verkauft.

**Antwerpen, 28. Oktober.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen fest. Hafer knapp. Gerste still.

**Antwerpen, 29. Oktober.** Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 bez. u. Br., pr. November 19 bez. u. Br., pr. November-Dezember 19½ Br., pr. Januar-März 20 Br. Ruhig.

**Leith, 29. Oktober.** Getreidemarkt. Markt matt. Weizen 1—2, Mehl 1 sh. billiger, Frühjahrsgetreide weichend.

**Paris, 29. Oktober.** Productenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. Oktober 32,10. pr. November 32,00. pr. November-Februar 32,50. pr. Januar-April 32,75. Mehl fest, pr. Oktober 70,50. pr. November 70,50. pr. November-Februar 71,25. pr. Januar-April 71,75. Rübsl steigend, pr. Oktober 80,00. pr. Novbr. 80,75. pr. Dezbr. 81,25. pr. Januar-April 82,75. Spiritus ruhig, pr. Oktober 67,00. pr. Januar-April 66,00.

**Paris, 29. Okt.** Rohzucker weich., Nr. 10/13 pr. Oktbr. pr. 100 Kilogr. 63,00. 7/9 pr. Oktober pr. 100 Kilogr. 69,00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Oktober 71,00. pr. November 70,50. pr. Januar-April 70,50.

**Petersburg, 29. Oktbr.** Productenmarkt. Talg loco 57,50. pr. August 56,00. Weizen loco 16,00. Roggen loco 9,50. Hafer loco 4,75. Hanf loco 32,00. Leinsaat (9 Pud) loco 16,25. — Wetter: Trübe.

**Bradford, 29. Oktober.** Wolle fest, Botany-Wollen in steigender Tendenz, wollene Garne lebhaft und höher, wollene Stoffe besser.

**Glasgow, 29. Oktober.** Rohseifen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 53 sh. 6 d.

**Glasgow, 29. Oktober.** Die Verschiffungen der letzten Woche betrugen 22,900 Tons, gegen 8900 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

**London, 29. Oktober.** An der Rüste angeboten 19 Weizenladungen.

Marktpreise in Breslau am 29. Oktober 1879.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	schwere	mittlere		leichte Waare	
		Höchst. drigt. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. drigt. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	22 30	21 90	21 20	20 60	20 20
Weizen, gelber	21 50	21 30	20 70	20 30	19 90
Roggen, pro	18 10	17 80	17 50	17 20	17 —
Roggen, 100	17 —	16 60	15 90	15 30	14 90
Gerste, neue	13 80	13 60	13 20	13 —	12 80
Hafer, alter	18 60	17 90	16 80	16 40	15 60
Hafer, neuer					
Erbsen					

Pro 100 Kilogramm	fein		mittel		ordinäre	
	Höchst. drigt. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. drigt. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. drigt. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.
Raps	22	50	21	25	19	25
Rübsen, Winterfrucht	21	50	20	25	18	25
Rübsen, Sommerfrucht	22	—	19	50	16	50
Dotter	21	—	19	—	16	—
Schlagleinfaat	25	50	23	50	20	—
Hansfaat	17	—	16	—	14	—

Kleesamen schwach zugeführt rother höher, per 50 Kilogramm 35—40—45 M. weißer sehr fest 45—55—66—70 M., hochfeiner über Notiz bez. Rapskuchen ohne Aenderung per 50 Kilogr. 6,40—6,60 M. fremde 6—6,30 M. — Leinfuchen ohne Aenderung, per 50 Kg. 9,70 bis 9,90 M., fremde —. Mark. Thymothee behauptet per 50 Kilogr. 14—17—20 Mark. — Lupinen: ohne Angebot per 100 Kilogr. gelbe 7,40—7,70—8,50, blaue 7,30—7,50—8,40 M. Feu. per 50 Kilogr. 2,50 bis 3. — M. Stroh, per Schock 600 Kilogr. 19,00—22,00 M. Kartoffeln per Sack (2 Neuschiffel a 75 Pfd. Brutto = 150 Rgr.) beste 3,00 bis 3,50—4,50 M. geringere 2,50—3,00 M., per Neuschiffel (75 Pfd. Brutto) beste 1,50—1,75—2,25 M. geringere 1,25—1,50 M. per 2 Str. 0,10—1,15 M. Mehl unverändert, per 100 Rgr. Weizen fein 33,50—34,00 M. Roggen fein 28,50—29,50 M. Gausbuden 27,50—28,50 M., Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 M. Weizenkleie 8,40—8,70 M.



Produkten-Börse.

Berlin, 29. Oktober. Weizen pr. 1000 Kilo loco 205-245 M. nach Qualität geford. Weißer Markt 234 M. ab Bahn bezahl. F. gelber Schlessischer - M. ab Bahn bez. Regulirungspreis f. d. Kündigung 224 M. Gefündigt 2000 Ctr. Per Oktober 224-223-224 bez., per Oktober-November 224-223-222 bez., per November-Dezember 224-223-224 bez., per Dezember-Januar - bez., per Januar-Februar - bez., per April-Mai 234-233-234 bez., per Mai-Juni 235-234-235 bezahl. Roggen per 1000 Kilo loco 157 bis 183 M. nach Qualität gef. Feiner Russ. - a. R. bez. Inland. 175-181 M. a. B. bez. Russischer 157 bis 159 M. ab Bahn bez. Regulirungspreis f. d. Kündigung 159 M. bezahl. Gefündigt 9000 Ctr. Per Oktober 160-158-159 bez., Oktober-November 160-158 bis 159 bezahl., November-Dezember 160-158-159 bez., per Dezember-Januar 161-159-160 bez., per Januar-Februar - bez., per April-Mai 167-165-166 M. bezahl., per Mai-Juni 167-165 bis 166 bezahl. Gerste per 1000 Kilo loco 140 bis 200 nach Qualität gefordert. Hafer per 1000 Kilo loco 135 bis 155 nach Qualität gefordert. Rüböl 136-139 bez., Sommerer 142-144 bez., Ost- u. Westpreussischer 137-142 bez., Schlessischer 138-145 bez., Böhmischer 140-145 bezahl., Galizischer - bez. Gefündigt - Ctr. - Regulirungspreis - bezahl. Per Oktober 137-137 bez., per Oktober-November 137-137 bez., per November-Dezember 137-137 bez., per April-Mai 147-147 bez., per Erbsen per 1000 Kilo loco 175-210 M., Futterwaare 165-174 M. - Mais per 1000 Kilo loco 144-149 bez. nach Qualität. Rumänischer - ab Bahn bezahl., Amerikanischer - f. M. bez. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 32,50 bis 30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 01: 29,00-27,00 M. - Roggenmehl inkl. Sac 0: 23,75-22,50 M.

Berlin, 29. Oktober. Die Meldungen der auswärtigen Börsen hatten heute keine Anregung geboten; eben so wenig lagen politische Nachrichten von Bedeutung vor. Doch war die Eröffnung des hiesigen Verkehrs recht fest und mäßig angeregt. Im Vordergrund standen wiederum wie gestern Disconto - Kommandit - Antheile und Rumänien, welche sofort besser bezahlt und ziemlich rege gehandelt wurden. Auch Oberchlesische fanden gute Beachtung; im Uebrigen lag der Eisenbahn-Aktienmarkt still, da die Spekulation glaubte, erst den Inhalt der Eisenbahn-Vorlage abwarten zu müssen. Aus dem internationalen

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 29. Oktober 1879. Preussische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4 1/2	104,70	b3
do. neue 1876	4	97,00	b3
Staats-Anleihe	4	97,20	b3
Staats-Schuldsch.	3 1/2	95,50	b3
Ob.-Deichb.-Obl.	4 1/2	103,10	b3
Berl. Stadt-Obl.	4 1/2	92,25	b3
do. do.	4 1/2	92,25	b3
Schuld. v. B. Rfm.	4 1/2	103,10	b3
Pfandbriefe:			
Berliner	4 1/2	106,75	b3
do. do.	5	106,75	b3
Landf. Central	4	97,00	b3
Kur- u. Neumark.	3 1/2	91,00	b3
do. neue	4	97,60	b3
do. do.	4 1/2	97,60	b3
R. Brandbg. Cred.	4	86,80	b3
Ostpreussische	3 1/2	96,40	b3
do. do.	4 1/2	102,50	b3
Pommersche	3 1/2	86,75	b3
do. do.	4	97,50	b3
do. do.	4 1/2	102,60	b3
Rosensche, neue	4	97,50	b3
Sächsisch	4		
Schlesische	3 1/2		
do. alte A. u. C.	4		
do. neue A. u. C.	4		
Westpr. ritterlich.	3 1/2	96,70	b3
do. do.	4 1/2	101,50	b3
do. II. Serie	5		
do. neue	4 1/2	102,50	b3
Rentenbriefe:			
Kur- u. Neumark.	4	98,70	b3
Pommersche	4	98,50	b3
Rosensche	4	98,30	b3
Preussische	4	98,40	b3
Rhein- u. Westf.	4	98,70	b3
Sächsisch	4	99,25	b3
Schlesische	4		
Souveraines		20,28	b3
20-Francstücker		16,145	b3
do. 500 Gr.		4,205	b3
Dollars		16,67	b3
Imperials		1392,50	b3
do. 500 Gr.			
Fremde Banknoten			
do. einlösb. Leipz.		80,65	b3
Frankf. Banknot.		173,30	b3
do. Silbergulden		173,00	b3
Russ. Noten 100 Rubl.		215,60	b3
Deutsche Fonds.			
P. A. v. 55 a 100 Th.	3 1/2	145,10	b3
Def. Pr. 440 Th.	4	267,50	b3
Bad. Pr. A. v. 67.	4	131,90	b3
do. 35 fl. Obligat.	4	171,75	b3
Bair. Präm.-Anl.	4	132,75	b3
Braunsch. 20thl.-L.	4	90,50	b3
Brem. Anl. v. 1874	4 1/2		
Cöln-Md.-Pr.-Anl.	3 1/2	132,20	b3
Def. St. Pr.-Anl.	3 1/2	127,75	b3
Goth. Pr.-Pfdb.	5	113,90	b3
do. II. Abth.	5	111,00	b3
Gb. Pr.-A. v. 1866	3	184,90	b3
Lübeck. Pr.-Anl.	3 1/2	181,75	b3
Mecklenb. Eisenb.	3 1/2	89,10	b3
Meininger Loose	4	25,30	b3
do. Pr.-Pfdb.	4	119,00	b3
Odenburger Loose	3	150,10	b3
P. G. C. B. Pf 110	5	103,50	b3
do. do.	4 1/2	97,90	b3
Dtsch. Hypoth. unf.	5	102,00	b3
do. do.	4 1/2	98,80	b3
Mein. Hyp.-Pf.	5	101,25	b3
Reich. Gr.-H.-A.	5	96,25	b3
do. Hyp.-Pfdb.	5	92,50	b3

Bonn. G. B. I. 1205	101,75	b3
do. II. IV. 1105	97,40	b3
Bonn. III. rz. 1005	95,25	b3
Pr. B. C. G. B. rz. 1005	101,75	b3
do. do. 1005	100,00	b3
do. do. 115	99,40	b3
Pr. C. B. Pfdb. rz. 1005	101,50	b3
do. unf. rückz. 1105	110,00	b3
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1872 u. 74)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A. B. 120	100,25	b3
do. do. 1105	102,50	b3
Schles. Bod.-Cred.	5	102,75
do. do.	4 1/2	100,00
Stettiner Nat.-Hyp.	5	99,50
do. do.	4 1/2	96,00
Kruppsche Obligat.	5	110,00

Ausländische Fonds.		
Amerik. rz. 1881	6	101,70
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	100,90
Norweger Anleihe	4 1/2	114,10
Nemvort. Std.-Anl.	4 1/2	70,10
Deherr. Goldrente	4	59,10
do. Silber-Rente	4 1/2	60,90
do. 250 fl. 1854	4	112,50
do. Gr. 100 fl. 1858	5	324,00
do. Lott.-A. v. 1860	5	124,00
do. do. v. 1864	6	301,00
Ungar. Goldrente	6	82,50
do. St.-Eisb.-Akt.	5	82,60
do. Loose	5	186,00
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Staleniische Rente	5	77,75
do. Tab.-Oblig.	6	102,20
Rumänier	8	106,90
Finnische Loose	8	46,40
Russ. Centr.-Bod.	5	
do. Engl. A. 1822	5	86,25
do. do. A. v. 1862	5	86,25
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. conf. A. 1871	5	87,10
do. do. 1872	5	87,10
do. do. 1873	5	87,75
do. do. 1877	5	88,90
do. Boden-Credit	5	77,10
do. Pr.-A. v. 1864	5	153,75
do. do. v. 1866	5	151,50
do. 5. A. Stiegl.	5	62,75
do. 6. do. do.	5	84,10
do. Pol. Sch.-Obl.	4	
do. do. kleine	4	85,10
Poln. Pfdb. III. C.	5	63,50
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	56,30
Türk. Anl. v. 1865	5	11,50
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	34,75

Amsterd. 100 fl. 8 T.		
do. 100 fl. 2 M.		
London 1 Lstr. 8 T.		
do. do. 3 M.		
Paris 100 Fr. 8 T.		
Alg. Bp. 100 Fr. 3 T.		
do. do. 100 Fr. 2 M.		
Wien öst. Währ. 8 T.		173,30
Wien öst. Währ. 2 M.		172,30
Petersb. 100 R. 3 M.		214,35
do. 100 R. 3 M.		212,10
Warschau 100 R. 8 T.		214,90

\*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4 1/2 für Lombard 5 1/2 Ctr. Bank-Disconto in Amsterdam 3, Bremen 3, Frankfurt 3 1/2, Hamburg 3, London 2, Paris 3, Petersburg 6, Wien 4 v. Ctr.

01: 20,50-21,50 M., per Oktober 22,50 bis 22,35 bis 22,40 bez., per Oktober-November 22,50-22,35-22,40 bez., per November-Dezember 22,50-22,35-22,40 bez., per Januar-Februar 22,70-22,60-22,65 bez., per Januar-Februar 23, 22,90-22,95 bez., per April-Mai 23,70 bis 23,80 bezahl. - Gefündigt - Ctr. Regulirungspreis für die Kündigung - bezahl. - Deliaat per 1000 Kilo Winter-Naps 210-235 Markt, September-Oktober - bz., November-Dezember - bz., Winter-Naps 205-228 M., September-Oktober - bz., November-Dezember - bz., - Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 54,2 M., flüssig - M., mit Faß - M., per Oktober 54,2-54,5-54,4 bezahl., per Oktober-November 54,2-54,5-54,4 bez., per November-Dezember 54,2-54,5-54,4 bez., per Januar-Februar - bez., per April-Mai 56,6-56,5 bezahl., per Mai-Juni 57,0-56,9 M. bezahl. Gefündigt - Centner. Regulirungspreis für die Kündigung - bez., gestern - bz., - Leinöl per 100 Kilo loco 62,5 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 24,0 M., per Oktober 23,5-23,3-23,5 bez., per Oktober-November 23,5 bis 23,3-23,5 bez., per November-Dezember 23,5-23,3-23,5 bezahl., per Januar-Februar 24,2-24,1 bez., per Januar-Februar 24,8 bis 24,6 bezahl., per April-Mai - bez. Gefündigt - Ctr. Regulirungspreis für die Kündigung - bez. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 56,0 bez., per Oktbr. 56,2-56,1-56,3 bez., per Oktober-November 56,2-56,1-56,3 bezahl., per November-Dezember 56,2-56,1-56,3 bezahl., per Januar-Februar - bezahl., per April-Mai 58,2-58,6-58,5 bez., per Mai-Juni 58,3-58,8-58,7 bez. Gefündigt 20,000 Liter. Regulirungspreis für die Kündigung 56,2 bezahl. (B. B. 3.)

Danzig, 28. Oktober. [Getreide-Börse.] Wetter: trüber und kühl. - Wind: W. Weizen loco ist auch am heutigen Markte wieder in sehr flauer

Markte traten Kreditaktien hervor und stellten sich einige Mark höher; im Uebrigen fehlte aber größere Bewegung. Renten lagen sehr still, nennigleich fest; österreichische Loose erschienen gut beachtet. Russische Anleihen waren wenig verändert, Noten behauptet, aber vernachlässigt. Die gegen bare gehandelten Aktien blieben ruhig, aber im Ganzen fest. Auch auf dem Industrieaktien-Markte war eine große Ruhe eingetreten, welche jedoch die Haltung etwas günstiger als an den letzten Tagen erscheinen ließen. Auch für Stammprioritäten bestand gute Meinung. Anlagenwerthe erschienen wenig verändert, aber gut behauptet, nament-

Bank- u. Kredit-Aktien.		
Badische Bank	4	106,00
Bf. Rheinl. u. Westf.	4	33,25
Bf. Spiritus u. Br.	4	57,25
Berl. Handels-Ges.	4	76,00
do. Kassen-Verein	4	166,10
Breslauer Disf.-Bf.	4	91,60
Centralbk. f. B.	4	7,80
Centralbk. f. J. u. S.	4	60,00
Coburger Credit-B.	4	79,75
Cöln. Wechselbank	4	92,75
Danziger Privatb.	4	105,50
Darmstädter Bank	4	137,40
do. Zettelbank	4	103,60
Deffauer Creditb.	4	79,60
do. Landesbank	4	123,50
Deutsche Bank	4	129,00
do. Genossensch.	4	106,75
do. Hyp.-Bank	4	86,00
do. Reichsbank	4 1/2	154,00
Disconto-Comm.	4	171,90
Geraer Bank	4	89,60
do. Handelsb.	4	45,10
Gothaer Privatb.	4	97,00
do. Grundcred.	4	87,25
Hypothek (Hübner)	4	85,50
Königsb. Vereinsb.	4	89,75
Leipziger Creditb.	4	144,90
do. Discontob.	4	79,00
Magdeb. Privatb.	4	112,00
Medib. Bodencred. fr.	4	57,60
do. Hypoth.-B.	4	68,25
Meining. Creditb.	4	83,70
do. Hypothekenb.	4	91,50
Niederrheinl. Bank	4	91,50
Norddeutsche Bank	4	150,00
Nordd. Grundcredit	4	39,75
Deffauer Credit	4	
Rosener Spiritaktien	4	44,25
Petersb. Intern. B.	4	95,90
Rosener Landwirtsch.	4	63,00
Rosener Prov.-Bank	4	107,25
Preuss. Bank-Anth.	4 1/2	
do. Bodencredit	4	61,75
do. Zentralb.	4	127,20
do. Hyp.-Spielb.	4	113,50
Produkt.-Handelsb.	4	79,25
Sächsisch. Bank	4	111,75
Schaffhaus. Bankv.	4	89,60
Schlei. Bankverein	4	101,50
Südd. Bodencredit	4	122,50

Industrie-Aktien.		
Brauerei Pilsenerb.	4	117,50
Dannenberg. Rattun.	4	20,50
Deutsche Bauges.	4	58,75
Dtsch. Eisenb.-Bau.	4	6,80
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarthütte	4	46,75
Dortmunder Union	4	16,25
Egell. Masch.-Akt.	4	28,75
Erbsmannsd. Spinn.	4	22,50
Flora-Charlottenb.	4	
Krist. u. Rosm. Ndb.	4	53,00
Gelsenk.-Bergw.	4	113,90
Georg-Marienhütte	4	79,90
Gibernia u. Scham.	4	65,25
Immobilien (Berl.)	4	74,50
Kramsta. Leinen-F.	4	84,00
Lauchhammer	4	33,50
Laurahütte	4	92,75
Luisenb.-Bergw.	4	55,80
Magdeburg. Bergw.	4	123,75
Marienhüt. Bergw.	4	67,75
Menden u. Schu. B.	4	74,50
Oberchl. Eis.-Verb.	4	47,00
Ostend	4	
Phönix B.-Lit. A.	4	75,25
Phönix B.-Lit. B.	4	
Reichenb.	4	154,75
Rhein.-Nass. Bergw.	4	79,00
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	19,00
Unter den Linden	4	6,00
Wohlfert Maschinen	4	16,50

Eisenbahn-Stammprioritäten.		
Altenburg-Zeit	5	
Berlin-Dresden	5	28,75
Berlin-Görliger	5	58,75
Breslau-Warschau	4	
Salz-Sora-Gub.	4	59,75
Hannover-Altenb.	5	29,75
do. II. Serie	5	
Leipz.-Görlitz	5	
Märkisch-Posen	5	95,75
Magd.-Halberst.	5	85,40
do. C.	5	115,75
Marienh.-Mansf.	5	84,75
Nordhausen-Erfurt	5	79,00
Oberlausitzer	5	
Ostpreuss. Südbahn	5	95,00
Posen-Creuzburg	5	62,80

Stimmung geblieben. Inhaber verkauften so gut es ging um 4 M. per Tonne billiger als gestern, doch auch dazu fehlte Kauflust. Bezahlt ist für Sommer befest 120 Pfd. 205 M., besserer 125/6 Pfd. 215 M., roth 127/8 Pfd. 215 M., bunt und hellfarbig 119-124 Pfd. 204-210 M., hellbunt 124-126 Pfd. 217-220 M., hellbunt mit Bezug 129/30 Pfd. 229 M., 132 Pfd. 232, 233 M., alt hellbunt 128 Pfd. 235 M. pro Tonne. Russischer Weizen schwach zugeführt brachte roth befest 125 Pfd. 210 M., hellbunt 125 Pfd. 216 M. per Tonne. Termine ferner nachgebend, Oktober-November 220 M. Br., 210 M. Gd., April-Mai Transit 229, 228 M. bez. Regulirungspreis 220 Mark. Gefündigt 50 To.

Roggen loco billiger verkauft. Inländischer wurde 123 Pfd. 161 M., 125 Pfd. 163 M., 127 Pfd. 165 M., russischer 116-117 Pfd. befest zu 146 M. per Tonne gehandelt. Termine April-Mai unterpolnischer Transit 165 M. bez. Regulirungspreis 156 M., unterpolnischer 158 M. - Gerste loco ruhig, große nach Qualität 108 Pfd. 160 M., 115 Pfd. 175 M. per Tonne gekauft. - Wintertraps loco geschäftslos, Regulirungspreis 228 M. - Wintertraps loco nicht gehandelt. Regulirungspreis 240 M. Gefündigt 37 Tonnen. - Spiritus loco nicht zugeführt.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Dfsee.	Thermometer.	Wind.	Wolkenform.
29. Okt.	Nachm.	228"	1°37' + 7°4	OSO	=1 bedeckt Ni
29. =	Abnds.	1028"	0°89' + 7°1	OSO	=1 bedeckt Ni)
30. =	Morgs.	628"	0°41' + 7°0	W	=0 trübe St. Cl-st.

1) Regenmenge 0,2 Pariser Kubikoll auf den Quadratfuß.

lich ausländische Eisenbahn-Obligationen fest. Die zweite Stunde verlief ruhig, aber recht fest. Per Ultimo November notirte man Franzosen 456,50-7,50-457, Lombarden 135-4,50, Kreditaktien 466-5,50-7-455,50, Disconto - Kommandit - Antheile 172,50-2,10-2,90 bis 2,75. Hamburger verloren 2, Halberstädter 1,30, Anhalter gemessen 1, Breslau - Warschauer 5prozentige Prioritäts-Obligationen wurden mit 99 bezahlt und blieben Geld. Der Schluß war ziemlich fest.

Niederrhein. u. Ruhrf. Bahn	5	131,80	b <sub>3</sub>	Oberschlef. v. 1874	4 $\frac{1}{2}$	
Rumänische	8	99,75	b <sub>3</sub> G	do. Krieg-Reiffe	4 $\frac{1}{2}$	
Saalbahn	3			do. Gef.-Dberb.	4 $\frac{1}{2}$	
Saal-Anstutbahn	5			do. do.	5	101,60 G
Lübitz-Ansternburg	5	82,10	b <sub>3</sub>	do. Nied.-Zwgb.	3 $\frac{1}{2}$	
Weimar-Geraer	5			do. Starg.-Boj.	4	
				do. do. II.	4 $\frac{1}{2}$	
				do. do. III.	4 $\frac{1}{2}$	
<b>Eisenbahn - Prioritäts-Obligationen.</b>				Ostpreuß. Südbahn	4 $\frac{1}{2}$	100,70 B
Magd.-Mastricht	4 $\frac{1}{2}$	98,75	B	do. Litt. B.	4 $\frac{1}{2}$	
do. do. II.	5			do. Litt. C.	4 $\frac{1}{2}$	
do. do. III.	5	101,00	b <sub>3</sub> B	Niederrhein. u. Ruhrf.	4 $\frac{1}{2}$	101,70 G
Berg.-Märkische I.	4 $\frac{1}{2}$	101,50	B	Rheinische	4	
do. do. II.	4 $\frac{1}{2}$	101,25	b <sub>3</sub>	do. v. St. gar.	3 $\frac{1}{2}$	
do. III. v. St. g.	3 $\frac{1}{2}$	88,25	G	do. v. 1858, 60	4 $\frac{1}{2}$	101,60 b <sub>3</sub> G
do. do. Litt. B.	3 $\frac{1}{2}$	88,25	G	do. v. 1862, 64	4 $\frac{1}{2}$	101,60 b <sub>3</sub> G
do. do. Litt. C.	3 $\frac{1}{2}$	84,40	b <sub>3</sub> B	do. v. 1865	4 $\frac{1}{2}$	101,60 b <sub>3</sub> G
do. do. IV.	4 $\frac{1}{2}$	101,40	G	do. 1869, 71, 73	4 $\frac{1}{2}$	101,60 b <sub>3</sub> G
do. do. V.	4 $\frac{1}{2}$	101,40	b <sub>3</sub>	do. v. 1874, 77	5	101,90 b <sub>3</sub> G
do. do. VI.	4 $\frac{1}{2}$	101,40	b <sub>3</sub> G	Rh.-Nabe v. St. g.	4 $\frac{1}{2}$	102,50 G
do. do. VII.	4 $\frac{1}{2}$	101,10	b <sub>3</sub>	do. II. do.	4 $\frac{1}{2}$	102,50 G
Magd.-Düsseld. I.	4	95,50	G	Schlesw.-Holstein	4 $\frac{1}{2}$	
do. do. II.	4	95,50	G	Thüringer	I.	97,00 G
do. do. III.	4 $\frac{1}{2}$			do. do.	II.	4 $\frac{1}{2}$
do. Düß.-Elb.-Br.	4			do. do.	III.	4 $\frac{1}{2}$
do. do. II.	4 $\frac{1}{2}$			do. do.	IV.	4 $\frac{1}{2}$
do. Dortmund-Coestl.	4 $\frac{1}{2}$			do. do.	V.	4 $\frac{1}{2}$ 101,60 G